

EDITORIAL
EDITORIAL**EZB Politik: Der Kurs stimmt,
die Kommunikation nicht!**

Die Abschwächung der amerikanischen Wirtschaft und der Sturz der Aktienkurse haben die US Notenbank veranlasst, geradezu hektisch ihre Zinsen zu senken. Damit ist der politische Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) wieder gewachsen. Zuletzt hieß es aus dem Kreis der Euroland-Finanzminister, eine Zinssenkung sei nun dringend geboten.

Die EZB hat gut daran getan, sich dem lange zu widersetzen. Die wirtschaftlichen Daten aus Euroland im Winter und Frühjahr rechtfertigten nämlich keineswegs eine Zinssenkung. Inzwischen hat sich aber die monetäre Expansion stark abgeschwächt und dürfte mittelfristig mit Preisstabilität vereinbar sein. Insofern war die Zinssenkung vom 10. Mai gerechtfertigt.

Dennoch war der 10. Mai kein guter Tag, denn zum wiederholten Mal wurde die Entscheidung der EZB unglücklich kommuniziert. Die Tatsache, dass die Entscheidung die Märkte völlig unvorbereitet traf und der vage Hinweis auf statistische Probleme erwecken Zweifel an der Konsistenz der geldpolitischen Orientierung und der empirischen Fundierung der EZB-Strategie. So entstand der Eindruck, die EZB habe eben doch den Forderungen der Politiker nachgegeben.

Die Geldpolitik der EZB hatte mit dem Festhalten an ihrem stabilitätsorientierten Kurs in den letzten Monaten deutlich an Glaubwürdigkeit gewonnen. Es wäre schade, wenn die Zentralbank diesen Gewinn durch Kommunikationsfehler schnell wieder verspielen würde.



Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Handelsplattformen im Internet
- Unternehmen zwischen Innovation und Kartellrecht

von Sascha Loetz

Der elektronische Handel über das Internet gehört zu den Wachstumsbranchen. Die technische Entwicklung des Internets und die zunehmenden Nutzerzahlen steigern die Attraktivität des Mediums auch für geschäftliche Transaktionen. Der Gesetzgeber hat diese Entwicklung inzwischen durch die Schaffung eines stabilen Rechtsrahmens für den E-Commerce gefördert. Insbesondere wurde mit der E-Commerce-Richtlinie der EG ein sicheres Umfeld für den Internet-Handel geschaffen.

Die Märkte des E-Commerce zeigen sich allerdings noch wenig gefestigt. Anhand der beteiligten Parteien lassen sich derzeit zwei grundlegende Formen des elektronischen Handels unterscheiden. Im Business-to-Consumer-Bereich (B2C) tätigen Unternehmen Geschäfte mit Endkunden über das Internet. Dem steht der Business-to-Business-Handel (B2B) gegenüber, bei dem auf beiden Seiten Unternehmen beteiligt sind.

B2B-HANDELSPLATTFORMEN

Das B2B-Geschäft ist durch die Entwicklung von sogenannten B2B-Plattformen für den elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen gekennzeichnet. Diese Plattformen standardisieren die Kommunikation der Unternehmen nicht nur auf technischer Ebene, sondern bieten vereinheitlichte Beschreibungen und Kataloge für Waren und Dienstleistungen. Oftmals besteht neben den herkömmlichen Methoden des Vertragsabschlusses auch die Möglichkeit der Ersteigerung in Höchstpreisauktionen oder umgekehrten Auktionen, bei denen ein bestimmter Bedarf ausgeschrieben und an den Bieter mit dem niedrigsten Angebot vergeben wird. Plattformen gestatten darüber hinaus auch die einfache Abwicklung eines gemeinsamen Einkaufs, bei dem sich mehrere Unternehmen zusammenfinden, um durch den Einkauf größerer Mengen günstigere Preise zu erzielen.

In der bisherigen Entwicklung kristallisieren sich verschiedene Typen solcher Platt-

formen heraus. Auf horizontalen Plattformen werden zwischen Unternehmen verschiedenster Branchen beliebige Güter gehandelt. Vertikale Plattformen weisen demgegenüber eine stärkere Spezialisierung auf. Unternehmen finden hier die Möglichkeit, mit Zulieferern in Kontakt zu treten und ihren branchenspezifischen Bedarf zu decken. Vertikale Plattformen bieten hier Dienstleistungen an, die es Produzenten ermöglichen, die Zusammenarbeit mit Zulieferern und die Kooperation der Zulieferer untereinander zu verbessern.

Bemerkenswert ist, dass sich zur Gründung von B2B-Plattformen oftmals Unternehmen zusammengeschlossen haben, die miteinander im Wettbewerb stehen. Der gemeinsame Betrieb einer branchenspezifischen Plattform soll dabei die Attraktivität für die Nutzung der Plattform erhöhen und die für einen gewinnbringenden Betrieb notwendige Auslastung sicherstellen.

KOSTENEINSPARUNGEN

Für Unternehmen bietet die Nutzung von B2B-Plattformen Einsparungspotentiale bei den Kosten der Geschäftsabwicklung. Verglichen mit den Kosten der herkömmlichen Geschäftsabwicklung über Telefon, Fax, Brief oder E-Mail wird mit Einsparungen von bis zu 15 Prozent gerechnet. Durch die Möglichkeit, die Beschaffung für das gesamte Unternehmen auf den Plattformen zu zentralisieren, sind allerdings noch weitergehende Effizienzsteigerungen zu erwarten. Auch die von den Plattformen ermöglichte Preisbildung durch Auktionen und umgekehrte Auktionen lassen die Unternehmen auf weitere Verbesserungen ihrer Kostenstruktur hoffen.

WETTBEWERBSRECHTLICHE BEDENKEN

Der positiven Perspektive einer Effizienzsteigerung für die beteiligten Unternehmen stehen allerdings wettbewerbsrechtliche Bedenken gegenüber. Die Abteilung für rechtliche, politische und institutionelle Fragen

PUBLIKATIONEN

POLICY/WORKING PAPER-REIHE:

B 05 2001

Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum: Trade Rules and Global Governance: A Long Term Agenda. The Future of Banking.

B 04 2001

Rafael di Tella, Robert J. MacCulloch: The Determination of Unemployment Benefits

B 03 2001

Rafael di Tella, Robert, J. MacCulloch and Andrew J. Oswald: Preferences Over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness.

B 02 2001

Michele Fratianni, Jürgen von Hagen: The Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy at Thirty.

B 01 2001

Etienne Farvaque, Gael Lagadec: Divided Boards: Partisanship Through Delegated Monetary Policy.

DISCUSSION PAPER-REIHE:

C 81 2001

Ann Mettler: From Junior Partner to Global Player. The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan.

C 82 2001

Emil Mintchev: Southeastern Europe at the Beginning of the 21st Century.

C 83 2001

Lothar Rühl: Structures, Possibilities and Limits of European Crisis Reaction Forces for Conflict Prevention and Resolution.

C 84 2001

Viviane Reding: Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft.

C 85 2001

Ludger Kühnhardt: Towards Europe 2007. Identity, Institution-Building and the Constitution of Europe.

Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen ist im Internet unter <http://www.zei.de> abrufbar.

des ZEI hat in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie eine Studie zu den wettbewerbspolitischen und –rechtlichen Fragen von B2B-Plattformen erstellt. Das ZEI hat sich dabei auf die rechtswissenschaftliche Beurteilung von B2B-Plattformen konzentriert.



Unterschiedliche Kartellrechtsordnungen in Europa bergen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen im Internet-handel zwischen Unternehmen

Foto: ZEI

Die Studie ergab, dass beim Betrieb von B2B-Plattformen vor allem der Informationsaustausch zwischen Wettbewerbern, die Beschränkung des Zugangs zu Plattformen und die Bündelung von Nachfragemacht kartellrechtlich bedenklich sind. So wirkt sich die Weitergabe von Marktinformationen zwischen Wettbewerbern insbesondere auf Märkten mit geringer Wettbewerbsintensität negativ aus. Dagegen kann die Bündelung von Nachfragemacht durch den gemeinsamen Einkauf von Unternehmen zur Bildung von Marktmacht gegenüber Lieferanten führen. Die Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu B2B-Plattformen erweist sich vornehmlich als zukunftsgerichtete Aufgabe, mit dem Ziel, eine

Summer School on European Telecommunications

Gemeinsam mit der VIAG Interkom (VI), München, wird das ZEI vom 24. bis 28. September 2001 in Bonn erstmals die „ZEI – VI Summer School on European Telecommunications“ durchführen. Die Sommerschule richtete sich an Studierende der Rechtswissenschaften und Referendare, die sich auf Kommunikationsrecht spezialisieren möchten. Ziel ist es, ein Problembewusstsein für praxisbezogene, interdisziplinäre Fragestellungen, die sich im Rahmen des europäischen Telekommunikationsrechts ergeben, zu schaffen und den Teilnehmern den Einstieg in die berufliche Praxis zu erleichtern.

In einer ersten Phase, der eigentlichen Sommerschule, erhalten die Teilnehmer und

schnelle „Vermachtung“ dieser neuen Märkte zu verhindern.

Die kartellrechtliche Bewertung ist durch den zweifachen Rechtsrahmen des deutschen und europäischen Kartellrechts geprägt. Beide Rechtsordnungen sind miteinander verwoben und basieren auf denselben Grundannahmen. Unterschiede in der kartellrechtlichen Behandlung von B2B-Plattformen ergeben sich daher weniger aus dieser Zweigleisigkeit des Rechtsrahmens. Als problematisch können sich in Einzelfällen lediglich verschiedene Bewertungsmaßstäbe der mitgliedstaatlichen Kartellrechtsordnungen erweisen. Die globale Erreichbarkeit von internetbasierten B2B-Plattformen könnte so zu Wettbewerbsverzerrungen durch die Ausnutzung der jeweils günstigsten Rechtsordnung führen. Die hieraus erwachsenden Gefahren lassen sich jedoch durch eine enge Abstimmung der nationalen Kartellbehörden bewältigen.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das bestehende kartellrechtliche Instrumentarium hinreichend ist, um den wettbewerbsrechtlichen Problemen zu begegnen, die bisher durch B2B-Plattformen aufgeworfen werden. Die frühe Entwicklungsphase dieses Geschäftsfelds lässt eine abschließende Bewertung allerdings noch nicht zu.

Bei aller Fixierung auf potentielle Problemfelder darf nicht außer Acht gelassen werden, dass B2B-Plattformen gerade für kleinere und mittlere Unternehmen gute Perspektiven für die Erschließung neuer Märkte und die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit in einer sich globalisierenden Wirtschaft bieten.

Sascha Loetz ist Rechtswissenschaftler und beschäftigt sich am ZEI schwerpunktmäßig mit Fragen des Internet- und Telekommunikationsrechts.

Teilnehmerinnen einen Einblick in die europäische Telekommunikationsordnung und beschäftigen sich mit aktuellen Problemen, Unterschieden und Tendenzen im europäischen Telekommunikationsrecht. Im Anschluss an die Sommerschule wird ausgewählten Studierenden die Möglichkeit eröffnet, an einem einjährigen Trainee - Programm teilzunehmen.

In dieser zweiten Phase erhalten die Studierenden, aufbauend auf den bereits gewonnenen Kenntnissen, eine weitergehende interdisziplinäre wissenschaftliche Ausbildung mit Schwerpunkt „Telekommunikation“ am ZEI in Bonn. Ein zweimonatiger Aufenthalt bei VIAG Interkom in München vermittelt einen direkten Einblick in die Praxis der Telekommunikation und mögliche Betätigungsfelder eines Spezialisten „European Telecommunication“ nach Abschluss der juristischen Ausbildung.

Südosteuropa - Stabilität durch Bildung

Ethnischer Nationalismus, Krieg und Gewalt – tief sind die Gräben, die sich in den letzten Jahren in Südosteuropa aufgetan haben. Das Netzwerk für Europastudien des ZEI setzt auf Bildung, um die Stabilität in der Region langfristig zu sichern.

von **Emil Mintchev und Rafael Biermann**

Um anhaltende Stabilität auf dem Balkan zu erreichen, müssen die mentalen und strukturellen Ursachen der Konfliktenstehung in der Region bekämpft werden. In den letzten zehn Jahren nach Überwindung der Ost-West-Konfrontation hat sich insbesondere der westliche Balkan auffallend stark von den Entwicklungen im übrigen Europa abgekoppelt. Die Bundesrepublik Jugoslawien und auch Kroatien, die beiden Kernländer des westlichen Balkans, hatten sich selbst in einen Zustand weitgehender Isolation gebracht. Zentrales Anliegen des Stabilitätspakts für Südosteuropa ist es, diesen Prozess nicht nur zu stoppen, sondern umzukehren. Die demokratischen Entwicklungen in Kroatien und Serbien machen in diesem Zusammenhang Hoffnung. Dennoch ist damit zu rechnen, dass es immer wieder zu Rückschlägen - wie zuletzt in Mazedonien - kommen wird. Der Europäischen Union wird im akuten Konfliktmanagement eine wachsende Bedeutung zukommen.

DIE BEITRITTS-PERSPEKTIVE

Die europäische Perspektive für die Region, das heißt die Aussicht auf einen EU-Beitritt, hat die Europäische Union im Rahmen ihres neu entwickelten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses klar formuliert. Bulgarien und Rumänien verhandeln seit März 2000 mit der Kommission um den Beitritt, die Länder des westlichen Balkan schließen derzeit sukzessive Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Union ab (Mazedonien begann damit am 9. April 2001), die die schrittweise Übernahme des *acquis communautaire* in maximal zehn Jahren vorsehen und danach in Beitrittsverhandlungen münden. Dieser Stimulus hat sich als der einzig wirksame Anreiz herausgestellt, alte Rivalitäten zu überwinden und die Region an die europäischen Grundsätze heranzuführen.

AKADEMISCHER NEUAUFBAU

Der erforderliche und nun eingeleitete Aufbauprozess konzentriert sich zunächst auf die Stärkung der regionalen Infrastruktur, auf Investitionsförderung, Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit wie auch auf Demokratisierung und den Aufbau einer Zivilgesellschaft. Bei all diesen wichtigen und notwendigen Maßnahmen darf jedoch die Bildungskomponente keinesfalls fehlen. Stabilität durch Bildung wird sich als Schlüsselmoment für eine nachhaltige Erneuerung der Region erweisen. Die deutschen Förderinstitutionen wie DAAD, Hochschulrektorenkonferenz und Alexander von Humboldt-Stiftung haben dies erkannt und setzen, mit Geldern des Sonderprogrammes „Akademischer Neuaufbau Südosteuropas“ des Auswärtigen Amtes, entsprechende Prioritäten. Es geht darum, das Europabewusstsein der kommenden Generationen zu fördern. Denn mit alten Schulbüchern und alten Lehrplänen, die noch immer - wie eine Studie des Europarates kürzlich feststellte - entlang ethnisch definierter Trennungslinien verfasst sind, wird sich in den Köpfen nichts ändern.

Erziehung und Ausbildung in Schule und Universität sind dabei zweifelsohne der zentrale Ansatzpunkt. Nur wenn es gelingt, die kommenden Generationen in der ganzen Region umfassend und wahrheitsgemäß über ihre eigene Geschichte und Kultur zu unterrichten und sie gleichzeitig an die gemeinsamen Werte und Normen Europas heranzuführen, kann ein Neuanfang tatsächlich gelingen.

NETZWERK FÜR EUROPASTUDIEN

Aus diesem Grund hat die Task Force Südosteuropa des ZEI im Januar 2000 das „Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa“ mit einer Konferenz in Sofia ins Leben gerufen. Das Netzwerk, das derzeit von der Hochschulrektorenkonferenz und vom DAAD gefördert wird, strebt an, über den Aufbau und die Stärkung Europäischer Studien in Südosteuropa diese Länder an den über fünfzig Jahre gewachsenen Entwicklungsstand Westeuropas heranzuführen. Um eine solche Heranzuführung zu ermöglichen, ist ein intensiver Erfahrungsaustausch mit Institutionen in Westeuropa wie dem ZEI unabdingbar, die bereits über langjährige Erfahrung bei der Durchführung interdisziplinärer Studiengänge für Europäische Studien verfügen.

Bei der zweiten Konferenz des Netzwerkes im Oktober 2000 in Cluj (Rumänien) wurden die Weichen für die künftigen Aktivitäten des Netzwerkes, an dem inzwischen fast 40 Universitäten und Institute aus allen Ländern der Region vertreten sind, gestellt. Bis Ende nächsten Jahres stehen folgende Aufgaben an:

- Erarbeitung eines Mustercurriculums für Europastudien in der Region
- Publizierung einer Reihe von Grundlagentexten für das Studium
- Aufbau von Europazentren mit regionaler Ausstrahlung (u.a. entsteht derzeit an der Donaubrücke in Rousse/Giurgiu das „Bulgarisch-Rumänische Inter-Universitäre Zentrum für Europastudien“ unter Mitwirkung des ZEI)
- Einsatz neuer Medien (Pilotprojekt: Errichtung eines virtuellen Europastudienganges; Kooperation des ZEI mit der Universität Zagreb)
- Erarbeitung eines Curriculums und von Lehrmaterialien für die Stärkung des Europawissens an den Schulen (Pilotprojekt: Aufbau einer postgraduierten, einjährigen Lehrerausbildung in Europafragen in Zagreb)
- Lehrkräfteaustausch (in diesem Jahr werden zehn Dozenten überwiegend vom ZEI in der Region für eine Woche lehren)
- Erstellung einer Datenbank mit detaillierten Informationen über die Europastudien in der Region
- Konzipierung einer Homepage des Netzwerkes (inzwischen zugänglich auf der Homepage des ZEI).



Nicolae Paun (Universität Cluj), Emil Mintchev (ZEI), Rafael Biermann (ZEI), Ladislau Gyemant (Universität Cluj) (v.l.) im Oktober 2000 in Cluj
Foto: ZEI

Die einzelnen Aktivitäten werden in Arbeitsgruppen realisiert, die sich regelmässig treffen. Vom 24. bis zum 26. Mai 2001 wird in Thessaloniki die 3. Konferenz des Netzwerkes stattfinden.

Dr. Emil Mintchev ist Koordinator des Netzwerkes für Europastudien. Dr. Rafael Biermann leitet die „Task Force Südosteuropa“ am ZEI.

Lebenslanges Lernen wird unverzichtbar

In einer Grundsatzrede zur „Rolle der Europäischen Union bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft“ hat Viviane Reding, EU-Kommissarin für Bildung und Kultur, die Bedeutung des „lebenslangen Lernens“ für die zukünftige Entwicklung der europäischen Gesellschaft betont. Über 130 interessierte Zuhörer aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft waren am 7. März 2001 der Einladung des ZEI gefolgt, um wenige Tage vor dem EU-Gipfel in Stockholm die Position der EU-Kommissarin in dieser zentralen Frage kennenzulernen.



Viviane Reding, EU Kommissarin für Bildung und Kultur am ZEI
Foto: ZEI

Lebenslanges Lernen, so die Kommissarin, schaffe das notwendige Fundament für den Übergang zur Informationsgesellschaft. Angesichts der rasanten technologischen Veränderungen sei es unverzichtbar, auch

über den schulischen und universitären Bereich hinaus eigene Kenntnisse und Qualifikationen kontinuierlich zu aktualisieren.

Die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Kompetenz in der Nutzung der neuen Medien, soziale und unternehmerische Fähigkeiten sowie Fremdsprachenkenntnisse erforderten langfristig eine inhaltliche wie strukturelle Konvergenz der europäischen Bildungssysteme. Hierfür gelte es, Unterrichtsmethoden und Inhalte zu erneuern, so Reding.

Sie betonte auch, dass europäische Defizite besonders in der technologischen wie der naturwissenschaftlichen Forschung es notwendig machten, Bildung als europäische Herausforderung zu begreifen. Der Gipfel in Lissabon im März 2000

habe sich bewußt dieser Aufgabe zugewandt, woraus ein Forderungskatalog erwachsen sei, der von den nationalen Regierungen umgesetzt werden müsse. Die kommenden Gipfel in Stockholm und Barcelona (Frühjahr 2002) würden dieses „E-Learning-Programm“ wieder aufgreifen und Berichte über konkrete Zielsetzungen bezüglich schulischer, beruflicher Bildung im multimedialen Bereich einfordern. Es sei an der Zeit, junge und fähige Menschen endlich als knappe Ressource zu begreifen. Internetzugänge für alle Schüler und Jugendliche, umfassende Lehrerfortbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie eine Erweiterung des Angebots europäischer Dienstleistungen im Bildungsbereich seien unverzichtbar, um dem wachsenden Arbeitskräftemangel in vielen Zukunftsbranchen entgegenzuwirken.

Dabei betonte Reding aber auch die Verantwortung der nationalen Regierungen, deren Aufgabe es sei, die zahlreichen Anstöße in die Tat umzusetzen und Bildung für die Europäer der Zukunft zu gestalten. ■

Die Wahl von Wechselkurssystemen in Transformationsländern

von Jürgen von Hagen und Jizhong Zhou

Die Wahl von Wechselkurssystemen ist ein hitzig diskutiertes Thema in der internationalen Wirtschaftslehre. Die theoretische Literatur hat eine Vielzahl von Kriterien für die Auswahlentscheidung entwickelt. Die frühe Literatur konzentrierte sich auf die strukturellen Eigenschaften einer Wirtschaft und die Zusammensetzung der Schocks, denen die Wirtschaft ausgesetzt ist. Falls die Volkswirtschaft eines Landes von einem hohen Grad an Arbeitsmobilität und Lohn- sowie Preisflexibilität geprägt ist und hauptsächlich von nominalen Schocks getroffen wird, wäre ein festes Wechselkurssystem vorzuziehen. Wenn aber Mobilität und Flexibilität niedrig sind und die Wirtschaft hauptsächlich realen Schocks ausgesetzt ist, wäre es ratsamer, ein System flexibler Wechselkurse zu wählen. Die jüngere Literatur betont den Gedanken, dass fixierte Wechselkurse dabei helfen könnten, geldpolitische Glaubwürdigkeit aus Ländern mit niedriger Inflation zu importieren, wodurch eine Reduzierung der Kosten einer Disinflation erreicht werden kann. Aber die Währungskrisen in den 1990er Jahren haben gezeigt, dass das Scheitern einer solchen Politik gravierende negative Folgen haben kann.

Um herauszufinden, wie sich Regierungen zwischen alternativen Wechselkurssystemen entscheiden und was ihre Entscheidung bestimmt, analysieren Wissenschaft-

ler am ZEI die Wechselkurssysteme in 25 Transformationsländern: 12 Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und 13 mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) in den 1990er Jahren. Trotz einer gemeinsamen Vergangenheit zentralistischer Steuerung, ähnlichen Stabilisationsproblemen und einem ähnlichen Integrationsprozess in die Weltwirtschaft sind die Wechselkurssysteme in diesen Ländern verschieden und ständigen Veränderungen unterworfen. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Wahl des Wechselkurssystems hauptsächlich nach Stabilitätsgesichtspunkten und der Überlebensfähigkeit des Systems getroffen wird. Im allgemeinen ist es wahrscheinlicher, dass ein Land ein System flexibler Wechselkurse wählt, wenn internationale Reserven nicht ausreichend zur Verfügung stehen und Inflation und Staatsdefizite hoch sind. Insgesamt zeigen die GUS-Länder eine höhere Präferenz für flexible Systeme als die mittel- und osteuropäischen Länder, was eventuell den Wunsch letzterer widerspiegelt, sich enger an die EU zu binden. Die GUS-Länder scheinen bei der Wahl des Wechselkurssystems auch weniger auf ihre Inflationsraten und die Verfügbarkeit internationaler Reserven zu achten als die mittel- und osteuropäischen Länder. Dies könnte Ausdruck des großen Unterschiedes sein, der immer noch zwischen den beiden Gruppen bezüglich des Fortschritts der Transformation herrscht. ■

Jizhong Zhou ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI, die von Prof. Dr. Jürgen von Hagen geleitet wird.

PUBLIKATIONEN

ARTIKEL UND AUFSÄTZE

Christian Koenig, Claude Sander: „Vertragsverletzung durch Rechtswegzuweisung?“ *EuZW* 2000, S. 705.

Christian Koenig, Claude Sander: „Die verbrauchervermittelte Unternehmensbegünstigung auf dem Prüfstand des EG-Beihilfenrechts“, *Europarecht* 2000, S. 743.

Christian Koenig, Eva-Maria Müller: „Der werbliche Auftritt von On-line-Apotheken im Europäischen Binnenmarkt“, *WRP* 2000, S. 1366.

Christian Koenig, Christina Engelmann: „Internet-Handel mit Arzneimitteln zwischen Wettbewerb im EG-Binnenmarkt und nationaler Regulierung“, *PharmR, Europäisches Arzneimittelrecht* 2000, S. EA 1 ff.

Christian Koenig: „Regulierung interdependenter Marktmacht – Skalpelle oder bittere Pille?“, *MMR* 2001, S. 1.

Ist die EU auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung?

von Peter Zervakis

Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza vom 7. - 9. Dezember 2000 zur Reform der Institutionen der Europäischen Union haben die Diskussion über den Verfassungsbildungsprozeß in der EU und die Auseinandersetzung über die künftige Ausgestaltung des europäischen Institutionensystems nachhaltig in Gang gesetzt. Die Debatte um „Post-Nizza“, also die Festlegung einer Agenda für die nächste große Regierungskonferenz im Jahr 2004, hat bereits auf dem Gipfel begonnen. Aber anders als in Nizza, wo allenfalls institutionelle Teilanpassungen vollzogen wurden, soll zukünftig entweder die Regierungskonferenz oder auch ein Verfassungskonvent einen gründlichen und umfassenden Verfassungsvertrag entwerfen - unter Umständen im Sinne eines föderalen Ordnungsmodells.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten am 8. und 9. März die Europäische Rechtsakademie (ERA) und das ZEI in Trier eine internationale Tagung zum Thema „Verfassungsrechtliche und Politische Fragen in der EU

nach Nizza: Leftovers of the Leftovers?“. Juristen, Politikwissenschaftler und politische Entscheidungsträger aus neun EU-Mitglieds- und Kandidatenstaaten diskutierten und bewerteten die wichtigsten institutionellen und prozeduralen Neuerungen des Vertrags von Nizza. Dabei setzten sie sich insbesondere mit folgenden Leitfragen auseinander:

- Sind die Organe der EU nach Nizza fit für die Erweiterung?
- Wie werden sich die Entscheidungsfindungsprozesse aus Sicht des Rates, der Kommission und des Europäischen Parlaments verändern?
- Befindet sich die Gemeinschaft auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung? Stellen dabei die Grundrechtscharta, die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU und das erneuerte institutionelle Gefüge die tragenden Elemente einer solchen Verfassung dar?
- Wie wird das europäische Verfassungswerden im Süden der Gemeinschaft und in den mittelosteuropäischen Kandidatenländern gesehen?

- Funktioniert die EU auch als Wertegemeinschaft?
- Sind die Visionen aus der Gründerzeit der Gemeinschaft (Föderalismus, Finalität, Flexibilität) nach Nizza noch aktuell?

Die Tagung knüpfte dabei unmittelbar an die Diskussion um ein europäisches Verfassungsmodell im letzten Jahr an (siehe ZEI-report Nr. 8 vom Februar 2001) und erkundete interdisziplinär die Voraussetzungen für ein Reformprogramm zur Weiterentwicklung der europäischen Institutionen vor dem Hintergrund der Erweiterung der Gemeinschaft. Dabei kamen dieses Mal die unterschiedlichen Zielsetzungen in den Mitglieds- und Kandidatenländern besonders ausführlich zur Sprache - aus Sicht der betroffenen Regierungen ebenso wie aus Sicht der gesellschaftlichen Akteure. Die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt. Im Mittelpunkt der nächsten Tagungen stehen die Regionalpolitik der EU und die Zukunft der europäischen Gerichtsbarkeit.

Dr. Peter Zervakis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“.

Die Zukunft des Barzelona-Prozesses

von Carlo Masala

Am 2. April 2001 trafen sich auf Einladung des ZEI Wissenschaftler und Diplomaten der Mitgliedsstaaten der Euro-Mediterranen Partnerschaft zu einem von der Fritz Thyssen Stiftung finanzierten Workshop, um über die Zukunft des Barcelona - Prozesses zu beraten.

Im Mittelpunkt der lebhaften und zum Teil auch kontrovers geführten Debatten stand dabei die Problematik der unterschiedlichen Interessenlagen, die seitens der EU-Mitgliedsstaaten sowie der Nicht-EU-Staaten mit der Euro-Mediterranen Partnerschaft verbunden werden, sowie die de facto Abhängigkeit des Prozesses vom Nahost-Friedensprozess. Insbesondere die Beiträge von Prof. Dr. Felix Maier (Mediterranean Academy for Diplomatic Studies, Malta) sowie der Botschafterin Marokkos bei der Europäischen Union, Aicha Belarbi, veranschaulichten sehr klar, welche divergierenden Interessen seitens der Nicht-EU-Barcelona-Partner mit diesem Prozess verknüpft werden. Demgegenüber stand das Bekenntnis von Dr. Christian Sterzing (MdB Bündnis 90/Die Grünen), dass es im wohlverstandenen Interesse Deutschlands sei, an diesem Prozess nicht nur festzuhalten, sondern

ihn auch zu fördern, da nur im Rahmen des Barcelona-Prozesses Fortschritte zur ökonomischen Entwicklung und sicherheitspolitischen Stabilisierung des gesamten Region geleistet werden könnten.

An diese Bestandsaufnahme der Euro-Mediterranen Partnerschaft schloss sich am Nachmittag des 2. April ein Panel an, in dem verschiedene Perspektiven zur Zukunft des



Christian Sterzing (MdB Bündnis 90/Die Grünen), Aicha Belarbi, Botschafterin Marokkos bei der EU in Brüssel und Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI (v. l.) Foto: ZEI

Barcelona-Prozesses vorgestellt und diskutiert wurden. Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik plädierte für die Einführung sektoraler Flexibilität in diesen Prozess, da nur so der integrative Gesamtzusammenhang aufrechterhalten werden und gleichzeitig Fortschritte in ganz konkreten und pragmatischen Bereichen der Partnerschaft erzielt werden könnten.

Insbesondere mit Blick auf Maßnahmen im ökonomischen und soziokulturellen Bereich sah Perthes hierin eine Möglichkeit der Kooperation trotz asymmetrischer Interdependenzen zwischen den Kooperationspartnern. Den Bereich der sicherheitspolitischen Kooperation wollte Perthes von der Flexibilisierung jedoch ausgenommen wissen, da die Probleme und die Sensibilitäten bei den

Nicht-EU-Partnerländern, insbesondere bei den nah- und mittelöstlichen Staaten, in diesem Bereich zu groß seien. Darin stimmte ihm Marc Heller vom Jaffee Center for Strategic Studies der Universität von Tel Aviv in seinem Beitrag über die israelische Einschätzung des Barcelona-Prozesses zu.

Einig waren sich alle Teilnehmer des Workshops darin, dass der Barcelona-Prozess, obgleich er bislang nur wenig Erfolge vorzuweisen hat, die einzige Möglichkeit ist, Kooperation zwischen den nördlichen und den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeerraums zu organisieren.

Dr. Carlos Masala ist Senior Fellow am ZEI und Akademischer Rat am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Köln.

Tunne Kelam

**Tunne Kelam ist Präsident des
Parlaments von Estland und
Vorsitzender des
Europaausschusses des
estischen Parlaments**



ZEI: Herr Kelam, Estland wird eines der ersten post-kommunistischen Länder sein, welches bald der Europäischen Union beitreten wird. Was waren die Gründe für die Erfolgsgeschichte Estlands während der letzten zehn Jahre der Transformation?

Kelam: Estland war traditionell schon immer eine starke Zivilgesellschaft, die sich bereits in den 20er und 30er Jahren entwickelt hat. Dies schließt auch die lange Tradition einer kommunalen Regierung ein. Estland wurde über Jahrhunderte von Fremden regiert, aber die kommunale Regierung war traditionell in den Händen der Esten. Der zweite Aspekt ist eine sehr hohe durchschnittliche Bildung. Auch dies hat eine lange Tradition: Beispielsweise las ein Drittel aller estischen Familien 1880 eine estisch sprachige Tageszeitung und nahm an verschiedenen kulturellen Aktivitäten wie etwa Musikfestivals teil. Der dritte Aspekt war bereits Ende der 80er Jahre entwickelt: eine politische Alternative zu dem bestehenden Ein-Parteien-System. Kennzeichnend war die Überzeugung, dass praktische Reformen nur durch die fortgesetzte Führung der kommunistischen Partei erreicht werden können. Die ganze Hoffnung in vielen kommunistischen Ländern lag auf neuen kommunistischen

Führern wie Gorbatschow in der Sowjetunion. Aber schon zu dieser Zeit hielten es die Menschen in Estland für absolut naiv, zu denken, dass dieselbe kommunistische Partei, die für ein unmenschliches Terrorregime mit Millionen von Opfern verantwortlich war, nun an einem Wandel zur Demokratie, die unterschiedliche Auffassungen und ein Mehrparteiensystem miteinschließt, interessiert sei. In Estland wurde die erste nicht-kommunistische Partei im August 1988 gegründet. Sie hatte den den politisch sehr symbolischen Namen „Estische Nationale Unabhängigkeitspartei“. Die Fähigkeit, so schnell wie möglich Mehrparteienstrukturen zu entwickeln, trug entscheidend zum Tempo der Reformen gleich nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit bei.

ZEI: Sie begannen Ihre politische Karriere in Ihrem Land als Präsident des „Estischen Kongresses“, das Gegenparlament zum Obersten Sowjet in der damaligen Zeit. Wie sehen Sie die Zukunft der estischen Identität in der Europäischen Union, das heißt, was bleibt davon nach einem Beitritt noch übrig?

Kelam: Ich habe keine Furcht, dass wir unsere Identität nach dem EU-Beitritt verlieren. Sicherlich muss die Politik hier sehr wachsam und sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Nicht zuletzt deshalb, weil es der estischen Nation über Jahrhunderte gelang, unter sehr widrigen Umständen die Zerstörungen im großen Nordischen Krieg zu überleben. Anfang des 18. Jahrhunderts gab es nur noch rund 100.000 Esten. Wichtig war jedoch, dass die Nation als solche überlebt hatte und sich weiterentwickelte, ohne ihre kulturelle Identität zu verlieren. Uns gelang es immer wieder, unsere Sprache, Kultur und Traditionen zu bewahren. Ich kann keine Bedrohung für unsere Identität durch die EU sehen, wenn wir nicht selbst daran interessiert sind, unsere Identität zu verlieren. Im Gegenteil, ich sehe die EU mehr als einen Schmelztiegel sehr verschiedener, aber sehr wertvoller historischer Erfahrungen und Kulturen. Wir denken über die Möglichkeit nach, als Nation zu dieser europäischen Erfahrung beizutragen.

Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: Wir fragen beispielsweise nicht einfach nach Geld für die Landwirtschaft. Ich empfinde es als geradezu paradox, dass die EU, die im Prinzip ein völlig offener Wirtschaftsraum sein will, die Hälfte des Haushalts für Subventionen in eine Landwirtschaft ausgibt, die nicht-marktoffenen Prinzipien folgt. Estland kann durch seine einzigartige Erfahrung dazu beitragen, zu zeigen, wie man in Europa durch lokale Initiativen und lokale Selbstregierungstraditionen Lösungen entwickeln kann. So hat Estland

Wege gefunden, die zeigen, wie man die Landwirtschaftsproduktion modernisiert, ohne auf Subventionen angewiesen zu sein. Natürlich benötigt auch Estland noch Unterstützung für seine Landwirtschaft, aber in den letzten zehn Jahren haben wir dies fast ohne staatliche Subventionen geleistet. Deshalb sind unsere Bauern, die in ihrem Beruf überlebt haben, sehr hart gesotene Leute. Sie waren auf ihre eigene Kreativität und Initiative angewiesen und haben dadurch letztlich selbst bestimmt, was sie produzieren und verkaufen. Diese Menschen, die heute erfolgreich dastehen, können der EU einige Lehren mit auf den Weg geben.

ZEI: Das „Parlamentsforum zur EU-Erweiterung“ hat Sie bereits zweimal an das Zentrum für Europäische Integrationsforschung geführt. Wie sehen Sie die Rolle wissenschaftlicher Einrichtungen, wie das ZEI, für die Politikberatung insgesamt und insbesondere im Hinblick auf die Beratung der Beitrittsländer?

Kelam: Für uns sind Rat und Expertise von nicht-politischen Einrichtungen sehr wichtig. Ich bin dem ZEI sehr dankbar, zwei sehr anspruchsvolle Gesprächsforen für Parlamentarier aus den Bewerberländer organisiert zu haben, und ich freue mich auf weitere solcher Treffen.

Wenn man bedenkt, dass sich die Beitrittsverhandlungen jederzeit verzögern können, denke ich, ist es für die Beitrittsländer sehr nützlich, untereinander und im Dialog mit den derzeitigen EU-Mitgliedsländern, Ansichten über die zukünftige Gestaltung und Reform europäischer Strukturen austauschen zu können. Dies hilft den Politikern der Kandidatenländer sich und ihre Länder so vorzubereiten und so „europäisch zu denken“, als wären sie bereits Mitglieder.

Ich befürchte, dass wenn wir eines Tages der EU beitreten, viele von uns bereits entdeckt haben, dass sich substantiell nichts ändern wird. Unser Status mag sich ändern, aber was bedeutet dies für das alltägliche Leben? Was werden die einfachen Leute davon haben? Deshalb ist es psychologisch und politisch sehr wichtig, uns und die Menschen in unseren Ländern auf diese Zeit vorzubereiten. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam über Kommunikationsstrategien nachdenken, die für uns beide, die EU-Mitgliedsstaaten und die Kandidatenländern, relevant sind. Die verbleibenden zwei bis drei Jahre bis zum Beitritt zur EU sollten wir dazu nutzen, unsere Rolle im zukünftigen Europa zu definieren. Es wird schliesslich unser gemeinsames Europa sein. Hier gibt es grossen Beratungsbedarf, den Einrichtungen wie das ZEI leisten können. ■

Was bestimmt das Wachstum in Transformationsländern ?

Welche Rolle spielen Arbeit, Kapital, technologische Innovationen sowie der Strukturwandel im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Transformationsländern? Eine Untersuchung des ZEI kommt zu überraschenden Ergebnissen.

von **Ella Kallai**

Das Hauptziel des Transformationsprozesses von einer zentralen Planwirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft, den alle Länder in Zentral- und Osteuropa vor einem Jahrzehnt begonnen haben, ist die Implementierung von wachstumsfördernden Rahmenbedingungen. Da die zuvor planwirtschaftlich gesteuerten Volkswirtschaften hoffnungslos ineffizient waren, wurde allgemein erwartet, dass die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen die bestehenden Marktverzerrungen beseitigen und Anreize für Effizienz und Produktivitätssteigerungen schaffen würde.

ERBE DER PLANWIRTSCHAFT

Diese Erwartungen basierten auf den Erkenntnissen der Wachstumstheorie und den besonderen Eigenschaften des wirtschaftlichen Erbes aus Planwirtschaftszeiten in den zentral- und osteuropäischen Ländern.

Der aus der Vergangenheit übernommene physische und humane Kapitalstock war von beträchtlichem Ausmaß. Tatsächlich haben die enormen Investitionen in Humankapital ein Erbe hinterlassen, durch welches sich die Transformationsländer auch noch nach einem Jahrzehnt marktwirtschaftlicher Reformen von andern Ländern mit vergleichbarem Einkommen unterscheiden. Verglichen mit anderen Ländern derselben Einkommensklasse verfügen der Großteil der Transformationsländer über ein doppelt so stark ausgebautes Straßen- und Eisenbahnnetz, einen mehr als doppelt so großen sekundären und tertiären Sektor, einen doppelt so großen Energieverbrauch pro Einheit Bruttoinlandsprodukt (BIP) und einen ein- bis zweimal so hohen Anteil der Beschäftigung im Industriesektor an der Gesamtbeschäftigung. Außerdem wurde angenommen, dass der übernommene Kapitalstock sich schnell den neuen, marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen werde und dadurch der Produktivitätsrückstand gegenüber Ländern vergleichbaren Einkommens schnell aufgeholt werden könnte.

PRODUKTIVITÄTSSTIEGERNDE ELEMENTE

Die Erwartungen bezüglich einer schnellen Erholung der Produktivität während des Transformationsprozesses basierten auf der erhofften Wirkung einzelner Komponenten der sich stark ähnelnden Reformpakete, die

ZEI-KALENDER ZEI-KALENDER

JUNI 2000

- 19./20.: *Internationaler Workshop: „Does Culture Matter?“* (in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)); Festsaal der Universität (19.06., 15.00 - 18.00 Uhr, öffentlich) und ZEI (20.06., nur auf Einladung).
27. *ZEI Europaforum (16.30 - 18.00 h, ZEI): Rainer Hertrich, European Aeronautic Defense and Space Company (EADS): „EADS als Basis für eine Integrierte europäische Beschaffungspolitik,*

in allen zentral- und osteuropäischen Transformationsländern umgesetzt wurden. Jede einzelne Komponente des jeweiligen Reformpaketes hatte indirekt produktivitätssteigernde Effekte. Die Freigabe der Preise eliminierte die durch staatlich fixierte Preise entstandenen Preisverzerrungen und deren Folgen und setzte damit die richtigen Signale für eine effiziente Ressourcenallokation. Die Privatisierung im realen Sektor rief ein effizientes und damit gewinnmaximierendes Verhalten hervor. Die Liberalisierung des Handels erleichterte den Technologietransfer aus dem Ausland und half somit, den durch Jahrzehnte der Isolation entstandenen technologischen Rückstand aufzuholen. Die Öffnung der Märkte verschärfte den Wettbewerb und führte so zu Effizienzsteigerungen. Die durch den technologischen Wandel verursachte Begünstigung qualifizierter Arbeitskräfte gegenüber weniger qua-

kurz belichtet

Ludger Kühnhardt, Direktor der Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ am ZEI, wurde vom Generalsekretär des Europa-Rates, Walter Schwimmer, in den Steuerungsausschuss für eine Serie von Workshops zur Europäischen Identität berufen. Der erste Workshop fand am 17. und 18. April 2001 in Strassburg statt.



„Review 99 – eine Zwischenbilanz“ lautete das Thema der zweiten Expertenkonferenz zum europäischen Telekommunikationsrecht, die am 9. Mai 2001 im Haus der Geschichte in Bonn stattfand. Veranstalter waren das ZEI, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

(BMWi) sowie der Hochschulverbund Europaem. Ziel der Veranstaltung war es, eine Zwischenbilanz der bisherigen Entwicklungen und Diskussionen zur Reform des europäischen Telekommunikationsrechts aus politischer, ökonomischer und rechtswissenschaftlicher Sicht zu ziehen. Gleichzeitig wurden Perspektiven für die zukünftige Gestaltung des Regulierungsrahmens für den europäischen Telekommunikationssektor aufgezeigt.



Mit seinem „SOE-Monitor“ informiert das ZEI ab sofort viermal pro Jahr über aktuelle Entwicklungen in Südosteuropa. Der SOE-Monitor, der per E-Mail versandt wird, richtet sich an Politiker, Wissenschaftler, Wirtschafts-

vertreter und sonstige an der Region interessierte Personen im deutschsprachigen Raum. Der SOE-Monitor konzentriert sich auf Hintergrundinformationen, Analysen und Gastbeiträge deutscher Fachleute mit einschlägigen Erfahrungen in Südosteuropa sowie von Experten aus der Region. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema. Für die Aufnahme in den e-mail-Verteiler reicht eine formlose Nachricht an: soe.monitor@uni-bonn.de.



Die euro-atlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Transatlantischen Sommerakademie (TASA), die das ZEI vom 5. bis 30. Juni 2001 in Bonn durchführen wird. Das interdiszi-

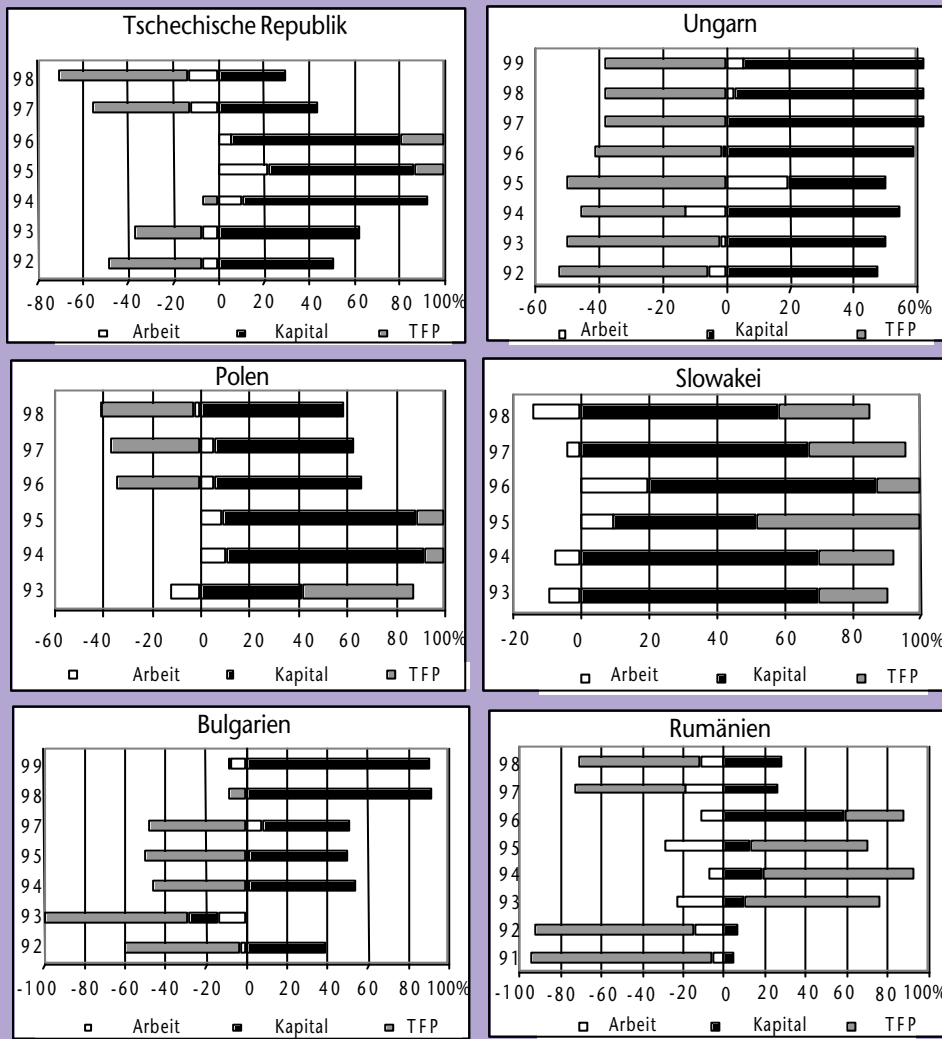
plinär angelegte Programm richtet sich an Studierende aus den USA und Europa und besteht aus Vorträgen, Tutorien, Podiumsdiskussionen und Gruppenarbeiten zu politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, geschichtlichen und kulturellen Aspekten Europas und der USA. Darüber hinaus finden Exkursionen nach Straßburg, Berlin und Brüssel statt. Planspiele, bei denen die Teilnehmer in die Rolle politischer Entscheidungsträger schlüpfen und internationale Krisen meistern müssen, runden die Sommerakademie ab.



Prof. Michael Gehler von der Universität Innsbruck hat ein Alexander von Humboldt-Stipendium erhalten, mit dem er ab Juni 2001 am ZEI über die Geschichte der europäischen Integration arbeiten wird.



ABB. 1: KOMPONENTEN DES WIRTSCHAFTSWACHTUMS



Im letzten Jahrzehnt war der Beitrag des Wachstums der totalen Faktorproduktivität zum BIP-Wachstum eher negativ als positiv und wurde oft nur durch den Wachstumsbeitrag der Kapitalbildung ausgeglichen. Überraschenderweise ist dieses Ergebnis für alle untersuchten Länder gültig, ungeachtet ihrer jeweiligen Fortschritte im Transformationsprozess. Die einzige Ausnahme stellt die Slowakei dar, dort war das Wachstum der totalen Faktorproduktivität über alle Perioden positiv und trug im Durchschnitt 20 Prozent zum gesamten Wachstum bei. Während des Transformationsprozesses in den zentral- und osteuropäischen Ländern im letzten Jahrzehnt war das Wachstum hauptsächlich der Kapitalbildung zuzuschreiben. Unabhängig vom Wachstumspfad eines Landes war der Beitrag der Kapitalbildung am gesamten BIP-Wachstum groß. In den Ländern mit einem stetigen Wachstum (Polen, Ungarn und Slowakei) ist dieser Anteil höher (>60%) als in den Ländern mit einem volatilen Wachstum (Rumänien, Bulgarien und Tschechische Republik). Daraus kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass die untersuchten Länder bis jetzt noch nicht vom Zugang zu ausländischer Technologie und den Effizienzsteigerungen im Inland profitieren konnten.

Ein detaillierter Bericht über diese Studie wird in Kürze als ZEI-Working Paper erscheinen.

Ella Kallai ist Senior Fellow am ZEI, Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“.

lifizierten ermöglichte schnelles Produktivitätswachstum aufgrund des großen Angebots an gut ausgebildeten Fachkräften.

TATSÄCHLICHE ENTWICKLUNGEN

Dennoch sind die bis jetzt erzielten Ergebnisse der Reformen im Hinblick auf Wachstum und Produktivität nicht sehr spektakulär. Nach einem zunächst starken Rückgang nahm das Produktionswachstum in einigen Ländern stetig (Ungarn, Polen und Slowakei) in anderen nur zeitweilig (Rumänien, Bulgarien, und tschechische Republik) zu. Trotzdem hatte kein Land während des gesamten Jahrzehnts der Transformation ein höheres jährliches BIP als im Ausgangsjahr 1989. Polen, das sich am besten entwickelnde Land, produzierte im Durchschnitt annähernd das gleiche BIP pro Jahr wie 1989. Bulgarien, welches sich an letzter Position bezüglich der Entwicklung befindet, produzierte durchschnittlich lediglich 73 % seines BIP von 1989.

Eine Aufschlüsselung des Wirtschaftswachstums in verschiedene Komponenten in den Visegrad-Ländern (tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakei) und Bul-

garien und Rumänien unter Verwendung der nationalen Statistiken zeigt, dass die Erwartungen in Bezug auf Effizienz- und Produktivitätssteigerungen zu optimistisch waren (Abbildung 1). Mit der in dieser Studie angewandten Methode der Wachstumsbuchhaltung (growth accounting) kann ermittelt werden, ob das beobachtete BIP-Wachstum auf ein Wachstum der Produktionsfaktoren (Kapital und Arbeit) oder der totalen Faktorproduktivität (TFP) zurückzuführen ist. Die totale Faktorproduktivität ist das Residuum, welches sich aus technologischer Innovation, organisatorischen, institutionellen und sektorialem Wandel und Wettbewerbs- und Qualitätsverbesserungen ergibt. Das Wachstum der totalen Faktorproduktivität approximiert somit den durch Effizienzsteigerungen verursachte Anteil am Wirtschaftswachstum. Ein positives Wachstum der totalen Faktorproduktivität sollte zu beobachten sein, wenn sich entweder die sektorale Zusammensetzung der Inputs des Produktionsprozesses hin zu qualitativ höherwertigen, teureren Inputs verschiebt oder am Absatzmarkt ein intensiverer Wettbewerb stattfindet.

IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
D – 53113 Bonn

ISSN: 1437-1545

Redaktion:
Monika Reule
Tel: 0228/73-1811
Fax: 0228/73-5097
E-Mail: ze@uni-bonn.de
Internet: <http://www.zei.de>

Der ZEIreport erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter der oben genannten Adresse angefordert werden.